

Your Contributor Contract and Proof

Dear Contributor(s),

Thank you for publishing with us. Please find enclosed your contributor proof.

Please be sure to fill out the **current address details** on the relevant form and send us the corrections. We need this data so that you can download **your contribution as a PDF** from our homepage (see <https://www.degruyter.com/cms/pages/faq-for-authors-and-editors>) and so we can send you your **free copies** if you have made a corresponding agreement with us. Your data from this form will only be used for internal processes and will not be passed on.

In order for the contribution to appear, we also ask you to conclude the attached **contributor contract** by ticking the box and adding a date. Any special written agreements with us also apply.

Thank you for your cooperation!

De Gruyter

Appendices

- Title page of the Contributor Contract
- Address form
- General Terms and Conditions for Contributor Contract
- Proof

CONTRIBUTOR CONTRACT

Between

De Gruyter

and

Corresponding Contributor

Luca Mannori

Regarding

Chapter Title:

La cultura della rappresentanza nell'„Italia delle città“. Lineamenti generali e caso toscano (secoli XIV–XVIII)

Chapter DOI:

10.1515/9783110780130-010

Book Title:

Politische Partizipation durch Repräsentation /Partecipazione e rappresentanza politica

Creative-Commons- License:

—

a Contributor Contract has been concluded. Details regarding the Contributor Contract are specified in the attached General Terms and Conditions for Contributor Contract.

Address form

Book title: Politische Partizipation durch Repräsentation /Partecipazione e rappresentanza politica

Chapter DOI: 10.1515/9783110780130-010

Chapter title: La cultura della rappresentanza nell'„Italia delle città“. Lineamenti generali e caso toscano (secoli XIV–XVIII)

We ask for your current address details for the following purposes:

- Your postal address for sending free copies (if agreed)
- Your email address to activate your personal download of your contribution as a PDF from <https://www.degruyter.com>

Please note that free copies and your personal download can only be processed with complete data.

Contributor 1

Corresponding address according to available information:		To be changed:
Salutation* (Mr/Ms/other)		
Title		
Surname*	Mannori	
First Name*	Luca	
E-Mail*		
Corresponding Author* (yes/no)	Yes	
Institution		
Department		
Number*		
Street*		
ZIP Code*		
City*		
State		
Country*		

*** required**

Please check the data in the second column carefully and note any changes in the third column.

Please do so, even if you have already transmitted this data to the publisher or the editor in some other way.

Your data from this form will only be used for internal processes and will not be passed on.

You may find more information about your personal download of your contribution from our homepage at

<https://www.degruyter.com/cms/pages/faq-for-authors-and-editors>.

Checked and confirmed:
(In case of multiple authors by the corresponding author.)

Address information and Contributor Contract

Date

(By inserting the check mark you confirm the conclusion of the Contributor Contract for your contribution. In case of technical problems with the check mark, you can agree to the contract by typing "Confirmed" in the date field, e.g.: "Confirmed, 17.4.2020".)

ALLGEMEINE PUBLIKATIONSBEDINGUNGEN ZUM BEITRÄGERVERTRAG

Diese Allgemeinen Publikationsbedingungen sind Bestandteil Ihres Beiträgervertrages. Die Eckdaten Ihrer Vereinbarung mit uns finden Sie auf dem Blatt *Beiträgervertrag*.

Unser Anspruch ist es, unsere Beiträgerinnen und Beiträger kompetent zu begleiten und die Qualität, Reichweite, Reputation und Wirksamkeit ihrer Arbeit zu erhöhen. Dazu verpflichten wir uns und Sie sich zur Einhaltung der folgenden Regeln:

1 Definitionen

Sie: Sie als Beiträgerin oder Beiträger des Werkes. Sind an dem Werk mehr als eine Beiträgerin oder ein Beiträger beteiligt, so bezeichnet „Sie“ alle Beiträgerinnen und Beiträger; die Rechte und Pflichten gelten dann für alle Beiträgerinnen und Beiträger gleichermaßen.

Wir: der Verlag der Walter De Gruyter GmbH, der im *Beiträgervertrag* benannt ist.

Werk: der Inhalt, der veröffentlicht werden soll in gedruckter und elektronischer Form.

Beiträgervertrag: der eigentliche Vertrag, der Ihnen als Vorblatt zu diesen Publikationsbedingungen ausgestellt wird.

2 Ihre Rechte und Pflichten

- 2.1 **Rechte Dritter:** Als Verlag nehmen wir die Rechte der Schöpferinnen und Schöpfer geistigen Eigentums sehr ernst. Wir müssen uns darauf verlassen, dass wir zur Nutzung aller in Ihrem Werk verwendeten Teile berechtigt sind. Sie versichern uns, dass das Manuskript Ihnen gehört, Sie darüber und über die Rechte daran uneingeschränkt verfügen können und etwaig notwendige Einwilligungen eingeholt haben. Das gilt auch für sämtliche Bestandteile wie z. B. Abbildungen, Register, Tabellen, Textauszüge und dergleichen. Sie versichern uns ferner, dass Sie keine anderweitigen Vereinbarungen über das Werk getroffen haben, die dem Vertragszweck widersprechen. Zudem garantieren Sie uns, dass Ihr Werk inkl. aller Bestandteile keine Rechte wie z. B. Urheberrechte, Leistungsschutzrechte, Markenrechte, Persönlichkeitsrechte oder sonstige Rechte Dritter verletzt. Sollten Rechte Dritter dennoch verletzt werden, tragen Sie sämtliche Kosten für etwaige Schadenersatzansprüche und die Rechtsverfolgung.
- 2.2 **Anderweitige Veröffentlichung:** Um unsere Vermarktungsstrategie zu unterstützen, werden Sie Ihr Werk (oder ein sehr ähnliches Werk) nur mit unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung anderweitig veröffentlichen oder verbreiten.
- 2.3 **Selbstarchivierung/Repositorium:** Sie können bis zu 10% des Werkes (außer Lehrbücher und Datenbanken) auf Ihre eigene Website oder in das Repositorium Ihres Instituts einstellen. Zudem dürfen Sie einen Link zu Ihrem Werk in diejenigen öffentlichen Repositorien einstellen, die auf die Produktseite Ihres Werkes auf www.degruyter.com verweisen. Eine vollständige Liste finden Sie auf unserer Webseite im Bereich Rechte und Lizenzen.
- 2.4 **VG Wort:** Für die Dauer des Vertrages räumen Sie uns alle Nutzungsrechte ein, die durch Verwertungsgesellschaften wie die VG WORT und die VG Bild-Kunst nach deren Wahrnehmungsverträgen wahrgenommen werden. Die Einräumung der Nutzungsrechte erfolgt zum Zweck der Einbringung in die Verwertungsgesellschaften zur gemeinsamen Rechtswahrnehmung. Die Einnahmen aus der Wahrnehmung dieser Rechte werden von den Verwertungsgesellschaften gemäß § 27 Abs. 2 VVG nach den in ihren Verteilungsplänen festgelegten Anteilen aufgeteilt und Urhebern und Verlagen jeweils direkt ausgeschüttet. Ihnen ist bekannt, dass Sie zum Erhalt von Ausschüttungen von Verwertungsgesellschaften (Urheberanteil) mit diesen einen Wahrnehmungsvertrag abschließen müssen.

3 Rechteeinräumungen

- 3.1 **Hauptrechte:** Damit wir Ihr Werk bestmöglich verbreiten und stets lieferbar halten können, übertragen Sie an uns das Recht:
 - a) Ihr Werk in gedruckter Form zu vervielfältigen, zu verbreiten und zugänglich zu machen (inkl. als Print-on-Demand Verfahren);
 - b) zur Digitalisierung und Speicherung in allen Speichermedien und Datenbanken (in unseren Datenbanken oder in Datenbanken Dritter, z. B. Amazon, Google);
 - c) Ihr Werk auszugsweise als „Blick ins Buch“-Option anzubieten, z. B. bei Amazon und Google;
 - d) zur Vervielfältigung und öffentlicher Zugänglichmachung in elektronischer Form, insbesondere als E-Book, Datenbank und in sonstigen Formen des electronic publishing, sowie in anderen elektronischen Medien oder Internet-Diensten oder zu sonstigen Online-Nutzungen oder in interaktiven Multimedia-Produktionen;

- e) zur Zugänglichmachung in öffentlichen oder geschlossenen Benutzerkreisen an Orten und zu Zeiten ihrer Wahl (z. B. eBook Nutzung in Bibliotheken) sowie auf Bildschirmen oder anderen Lesegeräten und zum Ausdruck beim Nutzer, und zwar für beliebig viele Vorgänge, auch vorab und auszugsweise, vollständig oder in Teilen;
- f) zur Vervielfältigung und Verbreitung auf beliebigen Datenträgern (z. B. DVD, CD-Rom, USB-Stick).

- 3.2 **Nebenrechte:** Zwecks optimaler Verwertung Ihres Werkes übertragen Sie an uns zudem das Recht:

- a) zur Übersetzung in andere Sprachen und zur Nutzung der Übersetzung;
- b) zum vollständigen oder teilweisen Vorabdruck und nachträglichen Abdruck, auch in Zeitungen und Zeitschriften (z. B. bei Rezensionen);
- c) zur vollständigen oder teilweisen Veröffentlichung in sonstigen eigenen oder fremden Verlagserzeugnissen, ggf. in gekürzter Fassung;
- d) zur Veröffentlichung oder Lizenzierung als Taschenbuch-, Paperback-, Sonder- oder Reprintausgabe;
- e) zur Vervielfältigung und Verbreitung in einer Gesamtausgabe und in Sammlungen, auch nach Ablauf von 20 Jahren seit dem Erscheinungsjahr des Werks;
- f) zur Vervielfältigung und Verbreitung in allen sonstigen Verfahren, z. B. Fotokopie, fotomechanischer Nachdruck, Blindenschrift;
- g) zur Wiedergabe, einschließlich Vortrags-, Senderecht und Recht der Wiedergabe von Funksendungen, auch per Internet;
- h) das Werk ganz oder teilweise auf Tonträger, Bild- oder Bild-/Tonträger zu übertragen, sowie das Recht zu deren Vervielfältigung, Verbreitung und öffentlicher Wiedergabe sowie zur öffentlichen Zugänglichmachung;
- i) zur Nutzung des Werks durch Aufnahme in Sammlungen für Kirchen-, Schul- oder Unterrichtsgebrauch.

- 3.3 **Rechteeumfang:** Sofern in den Regelungen für Beiträger im Autorenbereich unserer Webseite nichts Anderes geregelt ist, räumen Sie uns sämtliche Haupt- und Nebenrechte als ausschließliche Rechte ein, und zwar jeweils räumlich und inhaltlich unbeschränkt für die gesetzlich festgelegte Dauer des Urheberrechts. Wir können diese Rechte nutzen, müssen dies aber nicht. Weitere Regelungen zum Rechteeumfang Ihres Werkes finden Sie auf unserer Webseite.

- 3.4 **Unbekannte Nutzungsarten:** Zudem räumen Sie uns die räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkten und ausschließlichen Rechte für die zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses unbekannten Nutzungsarten ein. Diese Rechteeinräumung gilt für die Verwertung der Nutzungsrechte sowohl im eigenen Verlag als auch für die Nutzung durch Dritte.

- 3.5 **Übertragung an Dritte:** Sämtliche vorgenannten Rechte räumen Sie uns auch zur Nutzung durch Dritte ein und wir sind berechtigt, Dritten Lizenzen zu erteilen. Diese Rechte brauchen wir im Rahmen von bestimmten Vertriebsmodellen wie z. B. Online-Nutzung durch Aggregatoren (Plattformen, die unsere Inhalte auf die Bedürfnisse ihrer Kunden zuschneiden und uns an den Erlösen beteiligen). Dabei verpflichten wir selbstverständlich den Lizenznehmer zur Nennung Ihres Namens als Urheber.

4 Open Access

Haben wir mit Ihnen vereinbart, dass Ihr Werk Open Access veröffentlicht werden soll, gelten zusätzlich folgende Bedingungen:

- 4.1 Ihnen bleibt es vorbehalten, Ihr Werk zu einem mit uns vereinbarten Zeitpunkt unter eine Creative Commons Lizenz zu stellen und zu veröffentlichen (<https://creativecommons.org>). Die Auswahl der Lizenz treffen Sie bei Vertragsschluss (siehe *Beiträgervertrag*). Dabei haben Sie die Wahl zwischen:
 - a) CC-BY (Namensnennung)
 - b) CC-BY-NC-ND (Namensnennung-Nichtkommerziell-Keine Bearbeitung).
- 4.2 Wir werden Ihnen die fertige Fassung des Werkes, die Gegenstand der Open-Access-Nutzung sein soll, als Datei im PDF Format zur Verfügung stellen.
- 4.3 Wir stellen Ihr Werk in Form eines E-Books auf der Verlagswebseite frei zugänglich zur Verfügung und verpflichten uns, das Werk in Übereinstimmung mit der im *Beiträgervertrag* genannten Lizenz zu veröffentlichen.
- 4.4 Entsprechend der Lizenz gemäß 6.1. ist es Ihnen selbstverständlich gestattet, das E-Book auch auf Ihrer Homepage, einem Repositorium Ihrer Universität oder einer anderen Webseite einzustellen.

5 Manuskript / Inhalt

5.1 Allgemein:

- a) Die Herausgeberinnen oder Herausgeber und wir sind berechtigt, nach Rücksprache mit Ihnen das Werk zu ändern oder von Ihnen Nachbesserungen zu verlangen, um die Einheitlichkeit der Reihe, des Sammelbandes oder der Datenbank zu gewährleisten.
- b) Aus Qualitätssicherungsgründen sind wir vor der endgültigen Abnahme des Werkes berechtigt, Dritte mit der Begutachtung des Werkes zu beauftragen. Sollte sich herausstellen, dass Änderungen erforderlich sind, nehmen Sie diese vor. Andernfalls sind wir berechtigt, die Abnahme Ihres Werkes und dessen Veröffentlichung abzulehnen.
- c) Unsere Kunden und Leser sind an einer möglichst aktuellen Information über Ihr Werk interessiert. Sobald Sie erkennen, dass der vereinbarte Umfang um mehr als 10% abweicht, oder sich der Manuskript-Liefertermin verzögert, informieren Sie uns bitte.
- d) Ist ein Index für Ihr Werk vorgesehen, erstellen Sie den Index/das Register nach unseren technischen Vorgaben. Bei Verzögerung der Drucklegung um mehr als 6 Wochen behalten wir uns vor, auf eine Indexierung zu verzichten. In der elektronischen Version erübrigt sich die Indexierung durch die Möglichkeit der Volltextsuche.
- e) Bei Überschreitung der mit Ihnen vereinbarten Termine (z. B. Abgabe des Werkes oder der Korrekturen) oder des Umfangs können wir entweder eine Nachfrist setzen oder alternativ eine andere Veröffentlichungsform vornehmen. Ist eine gesetzte Nachfrist erfolglos verstrichen, können wir die Veröffentlichung ablehnen oder Ihr Honorar kürzen.

5.2 Manuskript zum Satz:

- a) Hierbei handelt es sich um eine satzfertige Vorlage. Unser Ablauf sieht hier vor, dass Sie uns Ihr satzfertiges Manuskript als elektronische Datei, üblicherweise in den Formaten docx, tex, rtf, oder indd abliefern. Formeln und Tabellen sollten im Manuskript nicht in Abbildungen eingebunden sein. Zusätzlich benötigen wir Ihr Manuskript als PDF-Datei oder verbindlichem Ausdruck einschließlich der reproduzierbaren, möglichst hochauflösenden Daten/Vorlagen für Abbildungen.
- b) Nachdem das Manuskript von unserem Satzdienstleister gesetzt worden ist, erhalten Sie in der Regel einen Korrekturabzug, üblicherweise in elektronischer Form als PDF oder via webbasierter Online-Proofing-Systeme. Bitte haben Sie dafür Verständnis, dass wir in der Regel nur einen Korrekturlauf und einen Imprimaturlauf vorsehen können.
- c) Den ersten Korrekturlauf übermitteln wir Ihnen zur Prüfung der Konvertierung. Bitte prüfen Sie den Korrekturabzug sorgfältig, insbesondere auf Satzfehler (z. B. falsche Silbentrennung) und nehmen Sie ggf. inhaltliche Korrekturen nur noch in geringem Umfang vor. Falls noch nicht im Manuskript bereits Indexeinträge verankert waren, erstellen Sie in diesem Schritt auch die erforderlichen Register.
- d) Der zweite Korrekturlauf dient nur zur Überprüfung der Korrekturausführung und zur Imprimatur (Druckreifeerklärung) ggf. unter dem Vorbehalt der Ausführung weiterer Schlusskorrekturen durch uns. Diese Schlusskorrektur prüfen wir im Verlag, um Ihr Werk pünktlich erscheinen zu lassen. Wir behalten uns die Entscheidung über die technische und typografische Druckreife vor.
- e) Wir möchten in Zusammenarbeit mit Ihnen den Korrekturaufwand in angemessenem Rahmen halten. Nach Abgabe des Manuskripts sind umfangreiche Änderungen mit hohen Kosten verbunden. Daher müssen wir Ihnen die Kosten für inhaltliche Änderungen nach Einreichung des Manuskripts, wenn sie zwei Korrekturstellen pro Druckseite im Schnitt übersteigen und/oder weitere Korrekturläufe erforderlich machen, in Rechnung stellen. Das gilt nicht, wenn die Korrekturen auf fehlerhaften Satz zurückzuführen oder aufgrund neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse unverzichtbar sind.

5.3 Verfassen und Einreichen via Content Management System (CMS)

- a) Besonders bei Enzyklopädien, Wörterbüchern und Referenzwerken, die auch vor dem Druck veröffentlicht werden, verwenden wir oft ein sogenanntes Content Management System (CMS), das auf das jeweilige Werk angepasst wird.
- b) Hierbei wird das CMS von uns bereitgestellt und wir bitten Sie, es zur Verfasserung und Einreichung Ihres Werkes zu nutzen. Dann erhalten Sie von uns eine Einladung zum System und entsprechende Benutzerhinweise und ggf. Stilvorgaben.
- c) Begutachtungen durch Herausgeberinnen und Herausgeber sowie Redaktion oder Lektorat ebenso wie die Einarbeitung von Korrekturen erfolgen direkt im CMS. Bitte beachten Sie dennoch unsere stilistischen und inhaltlichen Vorgaben so genau wie möglich, um unnötige Aufwände zu vermeiden.
- d) Sie werden zu gegebener Zeit um Erteilung einer Proof-Freigabe gebeten, also einer Freigabe des Inhalts (nicht der Form) zur Publikation. Zu diesem Zeitpunkt sind allerletzte, unbedingt notwendige Korrekturen möglich. Eine inhaltliche Überarbeitung ist nicht mehr vorgesehen, da keine erneute Begutachtung erfolgt. Äußern Sie sich innerhalb der angekündigten Frist nicht, gilt die Proof-Freigabe als erteilt.
- e) Wir unterstützen Ihre Arbeit im CMS mit Anleitungen und sind bei Anwendungsproblemen ansprechbar. Die Entscheidung über die Behebung von technischen Fehlfunktionen obliegt uns.

6 Publikationsbeihilfe / Open Access Gebühr

- 6.1 Für einige Werke verlangen wir eine Publikationsbeihilfe, die, wenn nicht anders im *Beiträgervertrag* vereinbart, zuzüglich Mehrwertsteuer in Rechnung gestellt wird.
- 6.2 Falls wir mit Ihnen die Veröffentlichung Ihres Werkes als Open Access Version vereinbart haben, entrichten Sie eine Open Access Gebühr.
- 6.3 Die Zahlung der Beihilfe oder Open Access Gebühr ist in der Regel bei Erscheinen des Werkes fällig. Die Beihilfe oder Open Access Gebühr ist nicht rückzahlbar.
- 6.4 Selbstverständlich unterstützen wir Sie bei der Beantragung von Drittmitteln durch Bereitstellung der erforderlichen Berechnungen unter Beachtung der entsprechenden Vergaberichtlinien.

7 Freixemplare

Wenn Sie uns Ihre E-Mail-Adresse mitteilen, können Sie ein PDF Ihres Beitrags über unsere Webseite beziehen. Die Menge gedruckter Freixemplare ist in dem mit Ihrem Herausgeber geschlossenen Vertrag geregelt. Sie können nicht-deutschsprachige Buchtitel Ihres Verlags inkl. eBooks vom Verlag mit einem Rabatt von 30% des Ladenverkaufspreises erwerben. Individual-Abonnements und Einzelhefte der Zeitschriften erhalten Sie mit 20% Rabatt auf den Ladenverkaufspreis. Weder die Freixemplare noch die mit Rabatt bezogenen Exemplare dürfen Sie gegen Entgelt veräußern.

8 Spätere Auflagen, Neubearbeitung

- 8.1 Für eine Neuauflage sind verschiedene Faktoren relevant, wie z. B. die Wirtschaftlichkeit des Werkes oder die Aktualität oder Richtigkeit der wissenschaftlichen Inhalte.
- 8.2 Sofern Sie selbst mit dem Wunsch nach einer Neubearbeitung an uns herantreten, prüfen wir diesen sorgfältig anhand der obengenannten Kriterien.
- 8.3 Wenn uns eine Neubearbeitung Ihres Werkes nicht sinnvoll erscheint, besprechen wir mit Ihnen die weiteren Möglichkeiten.
- 8.4 Wenn wir eine Neubearbeitung Ihres Werkes veröffentlichen wollen, teilen wir Ihnen das rechtzeitig mit und vereinbaren mit Ihnen die weitere Umsetzung. Sie sind dann verpflichtet, Ihr Werk dem Stand der Wissenschaft entsprechend zu bearbeiten und uns zu übergeben.
- 8.5 Sofern Sie die Neubearbeitung nicht vornehmen wollen oder können, können Sie Dritte als Bearbeiter vorschlagen. Dem kommen wir nach, wenn nicht zwingende Gründe entgegenstehen. Wenn Sie keinen Bearbeiter vorschlagen möchten, können wir die Neubearbeitung einem Dritten übertragen.
- 8.6 Im Falle der Neubearbeitung durch einen oder mehrere Dritte sind wir berechtigt, aber nicht verpflichtet, den Namen der oder des Ausgeschiedenen weiterhin im Titel zu führen.

9 Restexemplare

Aufgrund begrenzter Lagerkapazitäten prüfen wir in regelmäßigen Abständen, ob wir unsere Bestände der gedruckten Exemplare auf die aktuelle Nachfrage reduzieren können. Durch Print-on-Demand und Digitalisierung sind wir in der Lage, einen Großteil der Werke auch ohne Lagerbestand stets lieferbar bzw. zugänglich zu halten. Wir sind daher berechtigt, die Restauflage der Druckausgabe Ihres Werkes zu verramschen oder zu makulieren.

10 Rechtsfolge im Erbfall

- 10.1 Rechtlich muss auch die Situation im Erbfall geklärt werden. Unsere Verpflichtungen aus dem *Beiträgervertrag*, außer 11 gelten auch für Ihre Erben weiter.
- 10.2 Sollte Ihr Werk bei einem Todesfall noch nicht komplett in der ersten Auflage vorliegen, sind wir berechtigt, von dem Vertrag ohne Ansprüche Ihrer Erben an uns zurückzutreten. Fertige Manuskriptteile dürfen wir übernehmen und durch Dritte unter Berücksichtigung Ihres Urheberpersönlichkeitsrechts fertigstellen lassen.

11 Kündigung

- 11.1 Wenn die Zusammenarbeit nicht wie geplant durchgeführt werden kann, z. B. durch eine andauernde Arbeitsunfähigkeit Ihrerseits, sind wir zur schriftlichen fristlosen Kündigung des *Beiträgervertrages* berechtigt. Wenn wir zu diesem Zeitpunkt bereits in Ihr Werk investiert haben, bleiben in diesem Fall die bereits eingeräumten Rechte bei uns. Etwaige Vorauszahlungen können wir zurückfordern.
- 11.2 Auch Sie haben das Recht zur schriftlichen fristlosen Kündigung, z. B. wenn unser Verlag liquidiert wird. In diesem Fall gehen die eingeräumten Nutzungsrechte an Sie zurück.
- 11.3 Wir sind im Falle einer Kündigung berechtigt, die bereits produzierten gedruckten Exemplare abzuverkaufen. Wir dürfen Ihr Werk auf unserer Plattform weiterhin zugänglich machen, um die bereits eingegangenen Verpflichtungen aus den Vertriebsverträgen zu erfüllen.
- 11.4 Ist Ihr Werk Teil einer Reihe oder Beitrag eines Sammelbandes, sind wir zur fristlosen Kündigung ebenfalls berechtigt, wenn der Vertrag mit den Herausgeberinnen oder Herausgebern endet oder die Reihe beendet werden soll. In diesem Fall sind wir bemüht, das Werk als Einzelwerk oder als Teil einer anderen Reihe zu veröffentlichen.
- 11.5 Sie verzichten auf Ihr Sonderkündigungsrecht bei Nicht-Veröffentlichung eines Beitrags zu einem periodischen Sammelwerk, z. B. Jahrbuch (§ 45 Abs. 1 Verlagsgesetz).

12 Datenschutz

Wir versichern Ihnen, mit den von Ihnen erhobenen personenbezogenen Daten verantwortungsvoll umzugehen. Näheres entnehmen Sie bitte unserer Datenschutzerklärung für Autorinnen und Autoren und Herausgeberinnen und Herausgeber. (<https://www.degruyter.com/cms/pages/privacy-policy?lang=de>)

Auf Wunsch stellen wir Ihnen diese auch schriftlich zur Verfügung.

13 Allgemeines

- 13.1 Wenn nichts Anderes vereinbart ist, gelten sämtliche Bestimmungen auch für die Rechtsnachfolger beider Vertragsparteien.
- 13.2 Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform. Mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen.

13.3 Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages nichtig oder unwirksam sein, so bleibt davon die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen unberührt. Die Vertragsparteien sind dann verpflichtet, die mangelhafte Bestimmung durch eine solche zu ersetzen, deren wirtschaftlicher und rechtlicher Sinn jener Bestimmung möglichst nahekommt. Das gilt auch im Falle einer Lücke.

13.4 Ergänzend gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch, das deutsche Urheberrechtsgesetz und das deutsche Verlagsgesetz.

13.5 Erfüllungsort und Gerichtsstand sind, soweit gesetzlich möglich, der Sitz unserer Hauptniederlassung in Berlin.

Stand: 07.06.2021

Luca Mannori

La cultura della rappresentanza nell'„Italia delle città“

Lineamenti generali e caso toscano (secoli XIV–XVIII)

Abstract: During the late Middle Ages, Northern Italy was not a favorable terrain for the development of parliamentary assemblies. Yet, even in this area, we can say that a refined culture of representation developed, meaning those practices aimed at impersonating not so much the state territory as a whole, but the individual city corporations that formed parts of it. It is precisely this side of the Italian institutional experience that the article focuses on, first proposing a brief general review of the representative techniques used in the Italian urban communities and then offering a specific example of their features derived from the Tuscan case. This twofold examination shows that, whereas the member of a medieval general parliament was conceived as the agent of his constituents, the magistrate of an Italian city was an organic exponent of the urban body as a whole. Hence, the participation of the citizens in the appointment of their representatives did not imply any delegation of power, but resolved in a simple preposition to the office, which took place by minimizing the role of the will of the freemen. This cultural approach proved capable of surviving even the great break of the Enlightenment reforms, lasting almost until the advent of the liberal state in 1859.

1 Italia urbana e pratiche rappresentative

Una premessa, intanto, sul titolo di questo contributo: esso annuncia di affrontare il tema della rappresentanza tra medioevo ed età moderna con riferimento ad un'area – quella conosciuta per l'appunto come „Italia delle città“¹ – che risultò tra le più refrattarie d'Europa a sviluppare le classiche istituzioni rappresentative premoderne. Tutte quelle assemblee sovralocali, infatti, che con una varietà di forme e di denominazioni hanno caratterizzato la fisionomia di tanti Stati territoriali europei tra XIII e XVIII secolo, nello stesso periodo o risultano del tutto assen-

¹ Per l'identificazione concettuale di quest'area, cfr. per tutti Giorgio Chittolini, *Le città italiane del centro e del Nord: un'identità „territoriale e statale“ (secoli XV–XVI)* (2012), ora in: Giorgio Chittolini, *L'Italia delle civitates. Grandi e piccoli centri fra Medioevo e Rinascimento*, Roma 2015, cap. III.

ti o svolgono ruoli assolutamente marginali in quella parte d'Italia che abbraccia il grosso della Pianura Padana, l'attuale Liguria ed una vasta sezione centrale della penisola – dalla Toscana alle Marche all'Umbria. Certo: anche questa porzione del paese, all'inizio del basso medioevo costituita essenzialmente da un fitto tessuto di repubbliche cittadine semindipendenti, andò progressivamente a ricomporsi, fra Tre- e Cinquecento, in una serie di Stati territoriali di medie dimensioni, come il Ducato di Milano, lo „Stato da Terra“ veneziano, il Granducato di Toscana o i domini pontifici, per limitarsi ai maggiori. Ma il progressivo consolidarsi di queste unità statuali non si accompagnò qui allo sviluppo di istituzioni rappresentative capaci di radicare nei sudditi il senso di un'appartenenza più ampia rispetto a quella offerta dalle loro singole patrie cittadine. Anche nell'ambito di questa sezione della penisola è possibile imbattersi in alcune esperienze di rappresentanze sovracomunali, a base sia provinciale che generale: come i „corpi territoriali“ veneti di cui si occupa Sergio Zamperetti in questo stesso volume², la Congregazione dello Stato lombarda³ o ancora i cosiddetti „Parlamenti“ pontifici, come quello della Marca d'Ancona⁴. Si tratta però di istituzioni destinate ad assolvere a funzioni ben circoscritte, in genere strettamente legate al riparto fiscale ed il cui rilievo empirico e simbolico non è neanche lontanamente comparabile, poniamo, a quello dei Parlamenti di Sicilia o di Napoli o anche agli „stati“ dei domini sabaudi, per fermarci alle sole esperienze italiane di questo genere⁵.

Sulle ragioni di questa atrofia istituzionale meriterebbe forse interrogarsi più a fondo di quanto non si sia fatto finora. La spiegazione più ricevuta, comunque, fa leva sul fatto che, in quest'Italia a prevalente connotazione urbana, lo stesso processo di statualizzazione venne per lo più intrapreso da alcune città eminenti che riuscirono ad affermarsi progressivamente tanto sulle loro vicine quanto sulle varie sacche di poteri signorili ancora presenti sul territorio. E, come ha rilevato a

² Corpi che Zamperetti stesso ha per primo valorizzato: Sergio Zamperetti, I „sinedri dolorosi“. La formazione e lo sviluppo dei corpi territoriali nello Stato regionale veneto tra '500 e '600, in: *Rivista storica italiana* 89 (1987), pp. 269–320.

³ Giovanni Vigo, *Fisco e società nella Lombardia del Cinquecento*, Bologna 1979, pp. 160 ss.; Domenico Sella/Carlo Capra, *Il Ducato di Milano dal 1535 al 1796*, Torino 1984, pp. 55–58.

⁴ Antonio Marongiu, *Il Parlamento in Italia nel medioevo e nell'età moderna*. Contributo alla storia delle istituzioni parlamentari dell'Europa occidentale, Milano 1962, pp. 186–189 e 425–429. Si noti che le prime due esperienze citate si svilupparono solo nel corso del Cinque-Seicento, in relazione a specifiche operazioni di riassetto fiscale da parte dei rispettivi governi centrali che imposero di dare sfogo a rivendicazioni perequative tra città e città e tra contadi e città (siamo quindi in un contesto del tutto diverso da quello delle classiche assemblee rappresentative di origine medievale, sviluppatesi contestualmente alla fase genetica degli Stati territoriali); mentre la terza, le cui radici pur rimontano al XIII secolo, presenta un aspetto così frammentario e poco continuativo da venir classificata da Marongiu nell'ambito dei cosiddetti „Parlamenti mancati“.

⁵ Per una panoramica di queste istituzioni, cfr. ancora Marongiu, *Il Parlamento*, passim.

suo tempo Helmut Königsberger, „l'ultima cosa che una repubblica cittadina poteva desiderare era lo sviluppo di ceti e ordini politicamente coscienti sul proprio territorio“⁶. Dal punto di vista di queste „dominanti“ centrali, affiancare ai propri organi di governo interni delle assemblee rappresentative di altre città, giuridicamente equipollenti a loro stesse, avrebbe infatti significato stimolare la formazione di coalizioni volte a metterne immediatamente in questione la supremazia. E anche laddove il governo degli Stati di cui parliamo giunse poi a convertirsi da repubblicano in principesco, ciò non fu sempre sufficiente a trasformare il signore cittadino in un autentico monarca e ad assicurargli così quella indiscussa terzietà istituzionale nei confronti dei propri sudditi necessaria a dissolvere le sue diffidenze nei confronti di un coinvolgimento di questi ultimi nei propri processi decisionali⁷. Non solo: ma anche in quegli Stati della media Italia in cui il potere centrale, pur non presentando alcuna matrice cittadina come nel caso pontificio, si era però egualmente sviluppato aggregando progressivamente piccoli territori a forte vocazione urbana, non si consolidò alcuna struttura rappresentativa generale veramente importante; e ciò sia che per il decollo di esperienze del genere fosse comunque necessario bilanciare l'elemento cittadino con una componente militar-vassallatica di peso almeno equivalente, sia che la „città-Stato“ italiana presentasse di per sé caratteristiche così spiccate rispetto alle sue consorelle europee (in termini di consistenza demografica, di rilievo socio-economico, di vocazione politico-militare, di tendenza alla proiezione extramuraria e via di seguito) da rendere sconsigliabile sul medio termine ad un qualsiasi sovrano territoriale la istituzionalizzazione di assemblee consultive formate da potenze del genere.

Per una ragione o per l'altra, insomma, una vera esperienza parlamentare non prese mai forma in questa parte della penisola. E se in pratica tutto il dialogo tra centro e periferia risultò qui affidato alla interlocuzione diretta tra il comune signore e ciascuna delle città a lui sottoposte, sul piano simbolico lo spazio statale non giunse mai a rappresentarsi secondo quelle metafore del „corpo“ politico unitario o della „universitas regni“ che godettero invece di così ampia popolarità

6 Helmut G. Königsberger, *Parlamenti e istituzioni rappresentative negli antichi Stati italiani*, in: Ruggiero Romano/Corrado Vivanti (edd), *Dal feudalesimo al capitalismo* (Storia d'Italia. Annali, vol. 1), Torino 1978, p. 583. Per un esame critico di questa argomentazione, cfr. Daniela Frigo, *Ceti, interessi e rappresentanza nella cultura politica del Settecento*, in: Laura Casella (ed), *Rappresentanze e territori. Parlamento friulano e istituzioni rappresentative territoriali nell'Europa moderna*, Udine 2003, in particolare pp. 83–85.

7 Si pensi per tutti al caso toscano, che esamineremo nella seconda parte di questo contributo, nel quale la trasformazione dei Medici da informali signori di Firenze in suoi duchi prima e poi in granduchi di Toscana incise assai poco sul carattere strutturalmente „mosaicale“ del territorio da essi governato: cfr. Luca Mannori, *Il sovrano tutore. Pluralismo istituzionale e accentramento amministrativo nel principato dei Medici* (secc. XVI–XVIII), Milano 1994, capp. I e III.

nell'ambito del medioevo monarchico. L'immagine di riferimento fu qui piuttosto quella di una specie di federazione di repubbliche, tenuta insieme da un ventaglio di capitolazioni più o meno bilaterali intercorrenti tra il principe e le singole comunità. Una configurazione, questa, che giuristi ed eruditi concettualizzarono spesso recuperando l'antico modello costituzionale dell'Italia romana, nella quale i „populi“ o le „civitates“ via via soggiogate da Roma si vedevano riconoscere, all'atto dell'assoggettamento, una loro sfera di più o meno ampia autonomia⁸. Tutto all'opposto rispetto all'ideario organicista, il valore di questo assetto non stava nel proclamare una stretta interconnessione tra le varie parti dello Stato quanto piuttosto nell'impegno, da parte del sovrano, a garantire una assoluta „separatezza giuridica“ tra i vari ordinamenti cittadini costituenti il suo dominio⁹ – separatezza che avrebbe permesso a ciascuno di essi di mantenere indefinitamente, come si diceva allora, le proprie leggi e i propri magistrati¹⁰.

E tuttavia, a fronte di questa povertà di istituzioni rappresentative territoriali, l'area di cui parliamo offre invece un ricchissimo catalogo di forme di rappresentanza a carattere „endocittadino“: intendendo con ciò tutte quelle modalità di costituzione e di distribuzione degli uffici civici che permettevano alla città di rappresentarsi di fronte a se stessa prima che davanti ad un interlocutore esterno. Rappresentare la città, cioè, non significa solo renderla idealmente presente al cospetto di un'autorità superiore, ma prima ancora permetterle di curare i suoi interessi tramite qualcuno che, agendo a suo nome, riduca ad una sola le molte volontà dei suoi membri. È questa appunto la „cultura della rappresentanza“ di cui

8 Sull'uso di questo modello che potremmo dire di repubblicanesimo imperiale, sia consentito ancora di rinviare a Luca Mannori, *Il „piccolo Stato“ nel „grande Stato“*. Archetipi classici e processi di territorializzazione nell'Italia tardo-medievale e proto-moderna, in: Giorgio Gabba/Aldo Schiavone (edd), *Polis e piccolo Stato tra riflessione antica e pensiero moderno*, Como 1999, pp. 48–66.

9 Mutuo l'espressione virgolettata da Claudio Povolo, *Un sistema giuridico repubblicano*. Venezia e il suo Stato territoriale (secoli XVI–XVIII), in: Italo Birocchi/Antonello Mattone (edd), *Il diritto patrio tra diritto comune e codificazione (secoli XVI–XVIII)*, Roma 2006, p. 338. Analoghe considerazioni, per l'area pontificia, sono offerte per es. da Stefano Tabacchi, *Potere papale e forme di rappresentanza territoriale nello Stato della Chiesa del Cinque e Seicento*, in: Casella (ed), *Rappresentanze e territori*, pp. 284–311.

10 Su questo tipo di immaginario, particolarmente perspicui risultano i numerosi interventi di Angela De Benedictis, condotti soprattutto a partire dall'esame del caso dell'inserimento di Bologna nell'ambito dei domini ecclesiastici: Angela De Benedictis, *Consociazioni e contratti di signoria nella costruzione dello Stato in Italia*, in: Giorgio Chittolini/Anthony Molho/Pierangelo Schiera (edd), *Origini dello Stato. Processi di formazione statale in Italia fra medioevo ed età moderna*, Bologna 1994, pp. 591–568; della stessa autrice si vedano inoltre: *Repubblica per contratto*. Bologna: una città europea nello Stato della Chiesa, Bologna 1995, e *Reggere e governare i sudditi in età moderna*. Alcune „Carte“ (fonti) per scrivere una „storia“ (non teleologica), in: *Le carte e la storia*, XXVI (2020), 2, pp. 5–14.

proverò qui a richiamare qualche tratto: dapprima soffermandomi sui suoi lineamenti generali e quindi proponendone una verifica sull'esperienza toscana, che nell'ambito del panorama italiano è quella a me meglio nota.

2 Rappresentare la città: impersonare senza delegare

Benché per tutta una prima parte della sua storia il Comune italiano si sia presentato come uno spazio decisamente policentrico – luogo di coesistenza di ordinamenti diversi ben più che sede di un'unica istituzione –, quantomeno a partire dall'inizio del XIII secolo esso cominciò a declinarsi sempre più secondo l'immagine di un corpo unitario. A spingerlo in tale direzione, prima ancora che la contagiosa influenza esercitata dal modello della Chiesa come personificazione del popolo di Dio, fu probabilmente lo sviluppo di un sistema di relazioni esterne che impose abbastanza presto alla città di garantire la piena vincolanza degli impegni da essa assunti nei confronti di ogni membro del corpo collettivo¹¹. Obiettivo, questo, che venne perseguito appunto cominciando ad indicare nei sindaci, nei consoli e soprattutto nelle prime assemblee consiliari del Comune altrettanti „rappresentanti“ del „populus“ cittadino nella sua totalità.

Beninteso: nel lessico istituzionale dell'Italia dei Comuni, espressioni come „repraesentatio“ o „repraesentare“ non sono di uso comune. Figlie di una tradizione dotta che le applica anzitutto all'ambito delle grandi querelles teologico-politiche del medioevo – come quelle, tipicamente, relative al primato del papa piuttosto che del Concilio alla guida della Chiesa¹² –, esse stentano ad acclimatarsi nel più modesto ambiente dell'organizzazione cittadina¹³. Appena ci si smarchi, però,

¹¹ Lo nota per es. Patrick Gilli, *Aux sources de l'espace politique: techniques électorales et pratiques délibératives dans les cités italiennes (XIIIe–XIVe siècles)*, in: *Rivista internazionale di diritto comune* 17 (2007), pp. 255–256.

¹² Sulla cui correlazione con la nozione medievale di rappresentanza la principale opera di riferimento resta ancora quella di Brian Tierney, *Foundations of the Conciliar Theory* (1955), Leiden/New York/Köln 1998; mentre per una collocazione di queste controversie nel quadro complessivo della storia della nostra nozione il rinvio obbligato è ai capitoli centrali del grande affresco di Hasso Hofmann, *Rappresentanza-rappresentazione. Parola e concetto dall'antichità all'Ottocento* (2^a1990), trad. it. Milano 2007 (ed. orig. *Repräsentation. Studien zur Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis ins 19. Jahrhundert*, Berlin 2003).

¹³ Lorenzo Tanzini, *Il fantasma della rappresentanza. Sorteggio e rotazione delle cariche nelle città comunali (secc. XIII–XIV)*, in: Sara Menzinger (ed.), *Cittadinanze medievali*, Roma 2017, pp. 145–174, in particolare p. 149.

da un approccio strettamente onomasiologico, emerge subito come anche i testi statutari tendano a fare largo spazio al concetto di rappresentanza nella sua accezione vicariale, chiamando i consigli e gli ufficiali municipali a „gerere vicem civitatis“, ad „ordinare quae potest totus populus“, ad esercitare la „balia“ su tutti quegli interessi comuni all’inizio imputati esclusivamente alla totalità concreta dei singoli cittadini – e insomma a „stare per“ la città nel suo complesso¹⁴. Un effetto, questo – sia detto per inciso –, che segna un discrimine importante rispetto alla città antica: la quale, non consueta a declinare la propria identità costituzionale secondo quelle figurazioni organicistiche che solo il cristianesimo avrebbe reso di dominio comune, non avvertiva neppure la correlativa esigenza di presentare i propri magistrati come gli esponenti di un unico soggetto astratto, coincidente con la „communitas civium“, ma li percepiva piuttosto come una potenza autonoma costituita accanto e di fronte al popolo stesso¹⁵.

Al tempo stesso, però – e qui tocchiamo il punto davvero cruciale della questione – questo rapporto d’identificazione che consente agli ufficiali del Comune di agire come gli esponenti della città stessa non si basa affatto su quella che è per noi la forma più ovvia di ogni incarico rappresentativo – quella, cioè, del conferimento di una delega o di un mandato fiduciario da parte di coloro che intendono farsi rappresentare.

L’assenza di questo elemento non è solo del tutto controintuitiva per chi è abituato al funzionamento dei governi rappresentativi moderni, ma a prima vista può sembrare addirittura smentita dal tenore delle stesse fonti medievali. Se vi è un punto infatti su cui queste ultime concordano, esso è dato dal fatto che l’accesso alle cariche comunali non potesse avvenire che tramite una procedura di tipo „elettorale“. Per sedere in un consiglio o per conseguire una qualsiasi magistratura, in tutto il mondo cittadino era indispensabile passare attraverso il filtro di una „electio“. E tale termine, a sua volta, suggerisce subito, in virtù del suo stesso significato letterale („eligere“ = „scegliere“), l’idea di una selezione realizzata tramite una libera manifestazione di consenso da parte dei governati¹⁶; come gli stessi gi-

¹⁴ Tanzini, *Il fantasma della rappresentanza*, pp. 150–153; l’impiego di queste locuzioni diventa comune nel corso del Trecento, sia con riferimento alla funzione dei Consigli generali del Comune sia in rapporto ad autorità speciali, attributarie di incarichi specifici.

¹⁵ Sul punto, per tutti Yan Thomas, *L’institution civile de la cité*, in: *Le débat* 74 (1993), pp. 21–40, che sottolinea con forza come la Roma repubblicana non fosse organizzata affatto secondo quel principio costituzionale di „un unico ordine di subordinazione“ destinato a presiedere alla gerarchia tra i vari poteri pubblici che è proprio della modernità e che avrebbe cominciato a farsi strada appunto soltanto a partire dal basso medioevo (p. 23).

¹⁶ Cfr. sul punto le considerazioni di una delle massime esperte dell’odierna storiografia elettorale – Corinne Péneau, *Elections et pouvoirs politiques. Une introduction*, in: Corinne Péneau (ed), *Elections et pouvoirs politiques du VIIe au XVIIe siècle*, Paris 2008, specialmente pp. 20–21; della

uristi italiani del Due-Trecento sembrano confermare quando indicano con orgoglio proprio in una „electio“ il carattere differenziale di maggior spicco dei loro governi rispetto a quelli monarchici o signorili („regimen quod est per electionem est magis divinum quam illud quod est per successionem“)¹⁷.

Quando però andiamo a vedere a quali contenuti si riferisse effettivamente questo „eleggere“, che per noi sottende del tutto naturalmente il modello di una rappresentanza delegata, scopriamo che proprio questo tipo d'intenzione era assolutamente estranea all'esperienza politica comunale. Il catalogo di tecniche selettive proposto da quella esperienza, infatti, copriva un ventaglio di meccanismi infinitamente variegati, di cui l'elezione in senso stretto – intesa come una indicazione rimessa alla preferenza dei consociati – era soltanto uno degli ingredienti di base. La tecnica propriamente elettorale, infatti, s'intrecciava con almeno altre due fondamentali modalità selettive: la designazione dei futuri ufficiali da parte di quelli uscenti (qualcosa di vagamente simile a ciò che oggi va sotto il nome di cooptazione) e il ricorso alla sorte¹⁸. Combinando tra loro queste tre modalità elementari (che agli occhi dei contemporanei presentavano peraltro un aspetto certamente molto meno differenziato di quanto non sia per noi), la fantasia del medioevo italiano costruì poco alla volta uno stupefacente ventaglio di sistemi designativi: nell'ambito del quale troviamo veramente di tutto, salvo ciò che ai nostri occhi sembra la strada più naturale per eleggere qualcuno – quella cioè di affidarne immediatamente la scelta a tutti i componenti di pieno diritto della comunità.

Agli storici che si avvicinarono le prime volte a questi temi, la radicale preclusione della cultura politica comunale per i sistemi lineari tipici del nostro presente apparve come una specie di enigma o addirittura come un fatale errore storico. Edoardo Ruffini, per esempio, geniale pioniere della storia elettorale medievale, concludeva nel 1927 una sua riflessione sul tema osservando che, mentre sul pia-

stessa autrice, *Pour une histoire des élections médiévales et modernes*, in: *Cahiers de recherches médiévales et humanistes* 20 (2010), pp. 127–133 –, la quale, pur mettendo in guardia dai rischi di applicare retrospettivamente all'„eligere“ medievale i caratteri propri della corrispondente nozione attuale, individua però nella facoltà di scegliersi i propri governanti l'elemento che permette di concepire una storia elettorale di lungo periodo.

17 Così Bartolo da Sassoferrato, nel suo *De regimine civitatis*, § 23 (in appendice a Diego Quagliolini, *Politica e diritto nel Trecento italiano: il „De tyranno“ di Bartolo da Sassoferrato [1314–1357]*. Con l'edizione critica dei trattati „De Guelphis et Gebellinis“, „De regimine civitatis“ e „De tyranno“, Firenze 1983, p. 166).

18 Questa presentazione tripartita dei metodi designativi comunali, propria di una lunga tradizione storiografica (cfr. ad es. Daniel Waley, *Le città-repubblica dell'Italia medievale* [1969], trad. it., Torino 1980, p. 51), riflette una visione almeno in parte certamente estranea alla cultura medievale. Crediamo tuttavia che essa possa essere mantenuta, quantomeno come punto di partenza provvisorio per un'analisi come quella che stiamo qui provando ad esporre.

no delle tecniche deliberative la civiltà comunale aveva fin dai suoi esordi brillantemente riscoperto il principio maggioritario dopo la sua lunga eclissi altomedievale, per quanto riguarda le modalità elettorali si era fatta invece traviare dal timore delle pratiche corruttive al punto tale da imboccare fin dall'inizio un vicolo cieco. Invece che affidarsi ai collegi ampi ed ai metodi diretti propri della modernità, basati sulla fiducia nella capacità di giudizio del popolo, i nostri Comuni avevano cercato la garanzia contro le „cabale“, gli intrighi e le collusioni „nella moltiplicazione dei gradi e nella creazione di ostacoli, spesso fittizi, fra l'eletto ed i più o meno numerosi elettori, che facevano percorrere giri tortuosi alla volontà di questi ultimi“¹⁹. La pur così vivace inventività elettorale comunale si era avvitata in un circolo vizioso. Le complicatissime procedure escogitate dai legislatori statutari contenevano fin dalle loro origini „il germe della decadenza comunale, il germe della tirannia“, giacché, spezzando ogni vincolo di responsabilità dei governanti verso i loro concittadini, li avevano privati di ogni vera capacità rappresentativa. Quelle procedure non potevano che condurre inevitabilmente al collasso del Comune, senza contribuire in alcun modo ad aprire la strada ad una vera cultura della rappresentanza democratica²⁰.

Molto diversa è invece la diagnosi formulata dalla storiografia dei nostri giorni: secondo la quale il carattere apparentemente così artificioso dei sistemi elettorali adottati dai Comuni italiani (ma in realtà anche da un po' tutte le altre città medievali europee) non fu il frutto di una qualche imperizia tecnica quanto piuttosto la conseguenza di un modello di rappresentanza che nulla aveva a che vedere con la democrazia delegata di oggi.

La cultura medievale, certo, non ignorava affatto tutte quelle forme di intermediazione negoziale che trovavano la loro base nel conferimento di un incarico fiduciario. Grazie alla riscoperta del diritto giustiniano, essa conosceva benissimo figure come quella del mandato o della procura e ne aveva fatto anzi larga applicazione non solo ai rapporti di natura commerciale o privata²¹, ma anche ad una varietà di relazioni tra attori politici²². Solo che a quelle figure essa ricorreva

¹⁹ Edoardo Ruffini, *I sistemi di deliberazione collettiva nel medioevo italiano* (1927), ora in: Edoardo Ruffini, *La ragione dei più*, Bologna 1977, p. 315.

²⁰ Ruffini, *I sistemi di deliberazione collettiva*.

²¹ Per tutti, cfr. Jan Hallebeek/Harry Dondorp, *Contracts for Third Party Beneficiary. A Historical Comparative Account*, Leiden/Boston 2008, cap. II (Medieval legal scholarship), pp. 21–46.

²² Basti il rinvio a Gaines Post, *Plena Potestas and Consent in Medieval Assemblies. A Study in Romano-Canonical Procedures and the Rise of Representation, 1150–1325*, in: *Traditio* 1 (1943), pp. 355–408; Elizabeth A. R. Brown, *Representation and Agency Law in the Later Middle Ages: The Theoretical Foundations and the Evolution of Practice in the Thirteenth- and Fourteenth-Century Midi*, in: *Viator. Medieval and Renaissance Studies* 3 (1972), pp. 329–364; Pierre Legendre, *Du droit privé au droit public: nouvelles observations sur le mandate chez les canonistes classiques*, in:

in contesti diversi dal nostro, e tipicamente quando si fosse trattato di rappresentare le città o gli altri corpi comunitari di fronte ad un terzo (ad un'altra città, a un signore, a un monarca, al papa, all'imperatore ecc.), tipicamente tramite l'invio di ambasciatori, plenipotenziari o simili. Era anzi proprio da una *Vertretung* di questo tipo che avevano tratto origine quelle istituzioni parlamentari permanenti a cui si è accennato all'inizio; il cui nucleo forte era ovunque costituito da assemblee di procuratori designati dai corpi cittadini e da questi ultimi autorizzati, con margini di autonomia più o meno ampi, a negoziare con i rispettivi principi territoriali²³.

Ben diverso era però il tipo di rappresentanza a cui le città ricorrevano per esercitare il loro autogoverno interno. Gli ufficiali designati a questo fine non erano istituiti per dialogare con un soggetto distinto dalla città stessa, ma per formare, a titolo originario, la volontà del corpo medesimo. E questo corpo, a sua volta, non era affatto immaginato come una collezione di individui autonomi, la cui volontà complessiva corrispondesse alla somma di quelle dei suoi componenti, ma come una entità del tutto indipendente da questi ultimi („*aliud universitas, aliud singuli de universitate*“, rilevava un po' tutta la dottrina medievale nell'atto stesso in cui indicava nella *civitas* una „*persona repraesentata*“²⁴). Il cittadino, perciò, non compariva mai come il titolare di una quota frazionaria della sovranità collettiva, da trasferire poi ai magistrati comunali tramite l'atto del voto. Responsabile della scelta degli ufficiali era sempre il Comune nella sua totalità, come una sorta di elettore unico e collettivo. Mutuando da Hasso Hofmann una distinzione a sua volta ricavata dalla dottrina conciliarista quattrocentesca²⁵, potremmo dire che il modo con cui gli ufficiali comunali „rappresentavano“ la città non aveva niente a che vedere con una „*repraesentatio procurationis*“, fondata sull'esistenza di quel

Pierre Legendre, *Ecrits juridiques du Moyen-Age occidental*, London 1988, art. IX; Laurent Mayali, *Procureurs et représentation en droit canonique medieval*, in: *Mélanges de l'Ecole française de Rome. Moyen-Age* 114 (2002), pp. 41–57.

23 La letteratura relativa a questo versante della cultura rappresentativa medievale è sterminata: per una recente visione d'insieme cfr. comunque Michel Hébert, *Parlementer. Assemblées représentatives et échange politique en Europe occidentale à la fin du Moyen Age*, Paris 2014, cap. VII (Deux. Pt. sulla natura del mandato e sulle modalità di designazione elettorale dei deputati).

24 Hofmann, *Rappresentanza-Rappresentazione*, pp. 153–172.

25 Hofmann, *Rappresentanza-Rappresentazione*, pp. 251–260. Ad usare questo linguaggio è in particolare il canonista castigliano Giovanni da Segovia, a ridosso del Concilio di Basilea. Segovia aveva esemplificato il modello di questo genere di rappresentanza (che, a differenza della „*repraesentatio procurationis*“, „*non recta esset [...], si eadem in repraesentante et in repraesentato non esset auctoritas*“) evocando proprio il caso del collegio consolare di una città autonoma, che „*repraesentat civitatem eodem utens nomine et potestate*“. Sempre secondo Hofmann, a conclusioni abbastanza simili aveva già condotto, circa 120 anni prima, la celebre dottrina della „*pars valencior*“ enunciata da Marsilio (Hofmann, *Rappresentanza-Rappresentazione*, pp. 248–251).

rapporto principale-agente caratteristico di ogni rappresentanza mandataria. Il modello era piuttosto quello di una „repraesentatio idempnitatis“ o rappresentanza „pars pro toto“, nella quale il rappresentante era considerato come il „caput“ di un corpo di cui i rappresentati costituivano le altre membra complementari. Rappresentante e rappresentati erano perciò in certo modo identici: e ciò che „faceva“ il rappresentante non era l'autorizzazione concessagli da un fantomatico „popolo“ di atomi individuali a sostituirsi a sé e ad agire in suo nome (autorizzazione inutile, visto che appunto il rappresentante era sempre immaginato come qualcosa di interno alla organizzazione corporativa e quindi non necessitante di alcuna investitura ulteriore), ma il semplice fatto che esso fosse designato a „stare per“ la città intera in base a determinate procedure oggettive, approvate dagli statuti o dalle consuetudini locali²⁶. Quali poi fossero in concreto queste procedure, ciò aveva scarso rilievo sotto il profilo concettuale (e per questo né i giuristi né i pensatori politici medievali vi prestarono mai una specifica attenzione)²⁷. Non era infatti dalla scelta dell'una o dell'altra di esse che dipendeva la legittimazione sostanziale di chi governava, ma dalla circostanza che il magistrato venisse comunque espresso dal corpo stesso, in base ad un qualsiasi metodo assunto come legittimo²⁸.

E tuttavia, per quanto giuridicamente indifferente, la scelta di un determinato sistema selettivo rivestiva enorme importanza sul piano empirico. Le istituzioni comunali vivevano infatti sotto la continua minaccia di venire fagocitate da parte dei tanti sottoinsiemi istituzionali, in permanente frizione tra loro, nei quali risultava articolata la popolazione cittadina. In una società ancora tutta basata su radicatissime solidarietà interpersonali, corrispondenti ad appartenenze di famiglia, di clan, di mestiere, di territorio o di partigianeria politica, era inevitabile che l'eletto, se non tutelato in qualche modo dall'ordinamento, divenisse immedia-

26 Sulla distinzione teorica tra le nozioni di rappresentanza come „staying for“ e „acting for“, ben riscontrabili ancora nella contemporaneità, cfr. Hanna Pitkin, *Il concetto di rappresentanza* (1972), trad. it., Soveria Mannelli 2017: l'autrice fa corrispondere alla prima una rappresentanza in senso simbolico oppure descrittivo, mentre riconduce alla seconda la rappresentanza mandataria a carattere fiduciario. Per una ripresa storiografica di questa classificazione tripartita, applicata in particolare al medioevo ecclesiastico, cfr. il celebre articolo di Brian Tierney, *Il concetto della rappresentazione nei concili medievali dell'Occidente*, in: *Rivista internazionale di teologia* 19 (1983), pp. 48–58.

27 Lo rimarca ancora, per tutti, Gilli, *Aux sources de l'espace politique*, p. 261.

28 Questa conclusione assumerà una evidenza di grande spicco nel discorso giuridico dell'età moderna (come hanno rilevato gli ampi scavi di Olivier Christin, *A quoi sert de voter aux XVI^e–XVIII^e siècles?*, in: *Actes de la recherches en sciences sociales* 140 [2001], pp. 21–30, nonché, dello stesso autore, *Vox populi, Une histoire du vote avant le suffrage universel*, Paris 2014); ma in realtà essa sta alla base di tutta la concezione del suffragio corporativo fin dalle sue origini medievali.

tamente l'uomo del suo elettore e che gli obblighi di aiuto e di riconoscenza che egli aveva contratto con i suoi sostenitori al momento dell'elezione facessero aggio su qualsiasi altro suo dovere d'ufficio²⁹. Lasciare perciò ad ogni singolo gruppo infracittadino (parentale, clientelare, professionale, vicinale, fazionale e via dicendo) la libera scelta di chi dovesse rappresentarlo in seno al Comune avrebbe equivalso a fare delle istituzioni collettive l'ostaggio permanente di quegli stessi interessi particolari che si trattava di armonizzare in una superiore concordia. Ecco perché la formula della „buona“ elezione imponeva, contrariamente alla logica moderno-contemporanea, di allentare e di oscurare quanto più possibile il rapporto elettore-eletto, spersonalizzando al massimo una relazione dalla quale non potevano scaturire altro che conseguenze rovinose per la causa comune.

A questo effetto, la prima tecnica a cui l'esperienza italiana fece ricorso fu quella dell'elezione indiretta, tenuta in gran pregio proprio per gli stessi motivi che nel corso della contemporaneità porteranno ad una sua progressiva svalutazione³⁰. Derivata quasi certamente dalla procedura del „compromissum“ canonistico, essa puntava a superare lo scoglio che avrebbe accompagnato dall'inizio alla fine tutta quanta la vicenda comunale – quello cioè di come ovviare all'estrema friabilità politica della società cittadina e alla terribile conflittualità che proprio la competizione per i pubblici uffici accendeva al suo interno. Di fronte alle spaccature che cominciarono ad aprirsi già nel corso del XII secolo in seno all'assemblea generale dei cittadini chiamata a designare i consoli, la prima soluzione che si sperimentò fu di riservare quella difficile decisione ad una piccola commissione di saggi affinché essa trovasse un punto di mediazione tra i diversi interessi concorrenti³¹. Tenuti spesso ad impegnarsi solennemente a non favorire alcuna parte specifica, ma a decidere esclusivamente in base all'interesse generale, questi pre-elettori dovevano garantire una scelta imparziale, che immunizzasse il governo cittadino dal tarlo della partigianeria e delle collusioni rappresentante-rappresentato. È su questa base originaria che già nel corso del Duecento comincia a innestarsi in molti Comuni il ricorso al sorteggio: una pratica, questa, che, benché

29 Ruffini, I sistemi di deliberazione, p. 272; Massimo Vallerani, La città e le sue istituzioni. Ceti dirigenti, oligarchia e politica nella medievistica italiana del Novecento, in: Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento 20 (1994), p. 229. Ancora Ruffini, del resto (I sistemi di deliberazione), ricorda come questa solidarietà potesse funzionare altrettanto bene anche in senso inverso: come testimoniato da alcuni statuti più risalenti in cui si prevedeva una responsabilità giuridica degli elettori per le frodi commesse dall'eletto nel corso del suo incarico.

30 Cfr. per tutti John Stuart Mill, Considerazioni sul governo rappresentativo (1860), trad. it., Roma 2019, cap. IX (Sono possibili elezioni indirette?).

31 Hagen Keller, „Comune“: autonomia cittadina e governo di popolo alla luce delle procedure elettorali dei secoli XII–XIV, in: Hagen Keller, Il laboratorio politico del Comune medievale, trad. it., Napoli 2014, pp. 185–193.

propiziata sicuramente dalla riscoperta della *Politica* di Aristotele, non si associa certo a quel favore per la democrazia pura che ne aveva determinato la grande fortuna nell'Atene del V e IV secolo a. C. Per lo più applicata infatti non alla selezione dei magistrati o dei consiglieri, ma a quella dei loro elettori in secondo o in terzo grado, essa non punta affatto ad assegnare a tutti i cittadini una medesima chance nella copertura delle cariche pubbliche quanto piuttosto ad introdurre nelle correlative procedure di selezione un fattore d'imponderabilità che spersonalizzasse ulteriormente il processo elettorale, rendendo impossibile prevedere a priori quali saranno le persone destinate a compiere la scelta finale³².

Da ultimo, un altro carattere molto presente in questi sistemi è dato dal coinvolgimento degli ufficiali in carica nella scelta dei loro successori. Molto spesso, infatti, gli elettori intermedi di cui sopra erano scelti tra i magistrati in ufficio oppure venivano designati da costoro all'interno di particolari categorie, preselezionate da altri organismi cittadini. Il risultato era che spesso i più o meno ristretti corpi elettorali comunali si collocavano non al di fuori delle istituzioni, ma all'interno di esse e non di rado addirittura al loro vertice (nutrite assemblee consiliari, per esempio, formate da decine o magari da centinaia di persone, potevano essere rinnovate su iniziativa di magistrature esecutive composte da pochissimi elementi³³). Impensabili nell'ambito di qualsiasi comunità a base individualistica, queste pratiche apparivano del tutto ragionevoli per chi riteneva invece che al di sotto del Comune non stesse affatto qualcosa di simile ad una omogenea 'società civile', portatrice di una sua volontà virtualmente unitaria, bensì una ridda di interessi settoriali in conflitto tra loro, che non potevano trovare una composizione se non dentro e grazie alla sfera istituzionale. Affidarsi dunque a coloro che stavano al governo per scegliere più o meno direttamente chi avrebbe dovuto prendere il loro posto era una soluzione perfettamente coerente con il profilo di una rappresentanza organica, nella quale i soggetti presuntivamente più affidabili erano proprio coloro che si trovavano già alla guida della società. Tutto ciò corrisponde ben poco a quella immagine del Comune come laboratorio di democrazia così cara alla storiografia ottocentesca; ma non conduce neppure a sottoscrivere meccanicamente la tesi del 'Comune oligarchico' affermatasi sull'onda delle dott-

³² In linea generale, ancora Ruffini, I sistemi di deliberazione, pp. 293 ss.; Keller, „Comune“, pp. 194–196; Tanzini, Il fantasma della rappresentanza, pp. 161–169.

³³ Un esempio per tutti, già richiamato dai primi cultori del nostro genere di studi, è quello della Vicenza del Trecento: dove ogni anno il Podestà e gli anziani del Comune sceglievano cinque uomini per ogni quartiere, incaricando questo collegio di venti di eleggere il consiglio più ampio della città, formato da quattrocento membri, cento per ogni quartiere (Arthur M. Wolfson, *The Ballot and Other Forms of Voting in the Italian Communes*, in: *The American Historical Review* 5 [1899], p. 9).

rine elitiste e che avrebbe trovato il suo sbocco in interpretazioni del medioevo italiano come quelle di Sergio Bertelli o di Philip Jones³⁴. Se per un verso, infatti, il panorama istituzionale cittadino non si modella mai su una gerarchia di deleghe politiche disposte dal basso all'alto, come accade nei governi parlamentari di oggi, la vita politica comunale non risulta nemmeno monopolizzata del tutto da gruppi assolutamente chiusi: a ciò opponendosi se non altro i turnover brevissimi di tutte le cariche e l'alto numero dei posti da coprire rispetto alla consistenza complessiva della popolazione. Il risultato è insomma piuttosto quello di un „groviglio istituzionale“, di cui nessun attore ha il pieno controllo e che non ha senso valutare in base agli indicatori di oggi proprio in quanto basato su un tipo di rappresentanza differente dalla nostra³⁵. Una rappresentanza, questa, che, comunque la si voglia definire, trova il suo specifico in un rapporto tra la sfera istituzionale e quella sociale perfettamente rovesciato rispetto a quello che sarà proprio dell'esperienza moderna. Per la cultura politica comunale, „la pressione della società sulle istituzioni non era una forza da rispettare né tantomeno da amplificare, ma semmai da disinnescare e da depoliticizzare“³⁶. Il meccanismo elettorale da preferire era quello meglio capace di minimizzare il ruolo delle singole preferenze elettorali e di trasformare quindi l'elezione stessa in un processo perfettamente impersonale, nel quale la scelta dei rappresentanti apparisse come l'atto complessivo dell'*universitas* piuttosto che come il frutto di una serie di scelte soggettive fatalmente partigiane.

Depurato così da ogni venatura volontaristica, il modello di rappresentanza proprio dell'esperienza comunale trova la sua giustificazione soprattutto nel „riprodurre“, sul piano istituzionale, la fisionomia della comunità: cioè nel rispecchiare le sue strutture economiche, le sue partizioni territoriali, le sue gerarchie e i suoi partiti. Rappresentare la città voleva dire cioè non tanto parlare a nome dei suoi cittadini, ma „essere come“ la città stessa, riflettendone fedelmente il „vero“ profilo. Si tratta di una nozione di rappresentanza a carattere mimetico o descrittivo che si è mantenuta ben viva fino ai nostri giorni (è quella a cui ci riferiamo correntemente ogni qual volta diciamo per esempio che un Parlamento è „rappresentativo“ della nazione nel suo complesso, in quanto comprende tutte le principali correnti nelle quali si articola l'opinione pubblica di un paese). E tuttavia, se nell'ambito della modernità questa concezione convive e s'intreccia continuamente con quella che fa del rappresentante un delegato dei suoi elettori, l'Italia urba-

34 Sergio Bertelli, *Il potere oligarchico nello Stato-città medievale*, Firenze 1978; Philip Jones, *Economia e società nell'Italia medievale*, Torino 1980; dello stesso autore, *The Italian City-State: From Commune to Signoria*, Oxford 1997.

35 Questa ancora la conclusione di Vallerani, *La città e le sue istituzioni*, pp. 227–230.

36 Tanzini, *Il fantasma della rappresentanza*, p. 172.

na ignorava del tutto questa seconda forma di rappresentatività: o, forse meglio, ne percepiva il profilo, ma paventava la sua irruzione entro il recinto delle istituzioni comunali come una vera catastrofe. Ogni gruppo sociale si vedeva riconosciuto sì il diritto di avere dei rappresentanti che rispecchiassero i suoi interessi e il suo modo di pensare, ma non quello di eleggerli lui stesso. Come è stato osservato, lo scopo delle procedure elettive del mondo comunale era quello „di comporre la parte che meglio potesse incarnare il tutto, e non di chiedere a dei gruppi preesistenti di delegare il loro potere a dei mandatari“³⁷. La lotta politica all'interno della città non si risolveva mai in una competizione elettorale aperta per la conquista di una posizione maggioritaria, ma in uno scontro tra diverse rappresentazioni costituzionali della città, che ogni partito cercava di affermare su quelle dei propri avversari prima e indipendentemente dalle elezioni, negoziando o imponendo di volta in volta una modifica delle regole correlative in base alle proprie esigenze.

3 Il caso toscano e la parabola della imborsazione fiorentina

La Toscana medievale e rinascimentale fornisce un terreno ideale per verificare queste varie evidenze: e ciò soprattutto a partire dalla seconda metà del Duecento, quando i Comuni della regione entrarono nella fase matura del loro sviluppo, quella dei cosiddetti „regimi di popolo“.

Per tutto il corso del periodo precedente i governi cittadini erano stati controllati da *élites* estremamente circoscritte, il cui profilo coincideva ancora in buona misura con quelle „coniurationes“ di *milites* da cui l'impresa comunale aveva tratto le sue origini. Beninteso: anche in questa sua prima configurazione, propria dello stadio consolare e proto-podestarile della sua storia, il Comune toscano appare segnato da profonde fratture, che seguono però linee di faglia verticali, essenzialmente interne al nucleo di consorterie plurifamiliari che si spartivano il potere di vertice.

La fase successiva si caratterizza invece per l'irrompere sulla scena di nuove fasce sociali, che premono dal basso per ritagliarsi un posto accanto o in sostituzione delle *élites* di più antica origine³⁸. Una svolta, questa, che marca una discontinuità importante anche sul piano delle tecniche elettorali messe in campo per

³⁷ Jean Boutier/Yves Sintomer, *La République de Florence (12e–16e siècle)*. Enjeux historiques et politiques, in: *Revue française de science politique* 645 (2014), 6, p. 1.071.

³⁸ Daniela De Rosa, *Alle origini della Repubblica fiorentina. Dai consoli al „Primo Popolo“ (1172–1260)*, Firenze 1995.

rappresentare la società comunale. In Toscana come altrove, in effetti, il periodo a cavallo tra XII e XIII secolo aveva coinciso con il momento aureo della selezione cosiddetta „per brevìa“ – quella, cioè, a cui si è accennato di sopra, che prevedeva il ricorso ad elettori in secondo o in terzo grado, selezionati non solo tramite una designazione volontaria, ma anche attraverso l'estrazione di appositi biglietti (i „brevìa“, appunto) che ne affidavano al caso l'individuazione definitiva³⁹. Impiegata largamente per la formazione tanto dei Consigli quanto delle cariche direttive di vertice del Comune (consoli o podestà), questa tecnica rispondeva all'interesse collettivo dei gruppi magnatizi di limitare la conflittualità interna alla loro cerchia, assicurando un'almeno teorica imparzialità del corpo elettorale rispetto alle varie partigianerie in cui essa era suddivisa. Nel momento in cui invece, con lo sviluppo del sistema corporativo, forze completamente nuove iniziarono a rivendicare una loro presenza al governo, sistemi di questo genere apparvero decisamente desueti. Nella prospettiva del „popolo“, o quantomeno dei suoi esponenti più radicali, il Comune si configurava ora come una sorta di confederazione di mestieri organizzati (le „Arti“), ciascuno dei quali dotato di un eguale diritto di partecipare alla gestione della città, quale che fosse il suo rilievo socio-economico o la sua posizione relativa nella gerarchia sociale⁴⁰.

Il sistema elettorale, quindi, più che puntare a produrre un imparziale governo di saggi, avrebbe dovuto garantire anzitutto un giusto spazio a tutti i gruppi produttivi nell'ambito degli organi politici cittadini: e questo fu appunto lo spirito con cui, nella Firenze dei primi anni Ottanta del Duecento, fu istituita la celebre magistratura del Priorato delle Arti (poi meglio nota come magistrato della Signoria), che nel giro di alcuni anni assunse un ruolo assolutamente predominante nella vita politica comunale – fino al punto, per esempio, da divenire esso stesso, con i suoi pochi componenti, la principale commissione elettorale incaricata di designare in via ordinaria i membri delle varie assemblee deliberanti della città⁴¹. D'altra parte, una volta stabilito che questo ridotto collegio avrebbe dovuto riflettere anzitutto la composizione economica del mondo cittadino, attorno ai criteri che avrebbero dovuto presiedere all'assegnazione di suoi seggi si accese immediatamente una battaglia durissima, che oppose non solo i nuovi „popolani“ ai vecchi „magnati“, ma anche l'una all'altra le diverse segmentazioni presenti in seno al „popolo“ stesso, che scavavano solchi profondi tra le gilde maggiori e quelle rapp-

³⁹ Sull'uso di questo metodo, Oliver Dowlen, *The Political Potential of Sortition, A Study of the Random Selection of Citizens for Public Office*, Exeter 2008, cap. III, pp. 67–97.

⁴⁰ John M. Najemy, *Corporatism and Consensus in Florentine Electoral Politics, 1280–1400*, Chapel Hill 1982, in particolare pp. 9–11.

⁴¹ Per una lineare ricostruzione di questo passaggio, Piero Gualtieri, *Il Comune di Firenze tra Due e Trecento. Partecipazione politica e assetto istituzionale*, Firenze 2009.

representative invece dei mestieri artigiani e del piccolo commercio. Il fatto, in particolare, che i rinnovi dell'intero seggio priorile si susseguissero a scadenze di soli due mesi (e ciò al fine d'impedire ad ognuna delle parti in gioco di consolidarsi al potere ai danni delle altre) e che ad ogni scadenza elettorale gli attori politici si sentissero legittimati a rimettere radicalmente in discussione il precedente sistema di selezione per cercare d'introdurvi le varianti più favorevoli ad ogni gruppo, attribui per molto tempo alla vita politica fiorentina un carattere spaventosamente instabile. I gruppi che risultavano soccombenti a ciascuno di questi rinnovi tendevano infatti ad assumere un atteggiamento non collaborativo – se non assolutamente ostile – rispetto all'amministrazione temporaneamente in carica: rendendo così pressoché impossibile governare una città che proprio dall'inizio del Trecento si stava candidando a divenire il polo aggregativo di una nuova compagine statale.

Nell'arco di una quarantina d'anni, tuttavia, grazie ad una faticosa sperimentazione, Firenze giunse a mettere gradualmente a punto un nuovo metodo selettivo – la cosiddetta „imborsazione“ fiorentina, ovvero anche sistema dello „squittinio e tratta“ –, destinato a rimanere in vigore, pur con infinite variazioni, fin quasi al termine dell'età moderna. Il suo successo si lega anzitutto alla capacità di trovare un punto di equilibrio tra l'immagine pluralista dell'ordinamento fatta propria dai „popolari“ e quella invece abbracciata dai ceti più elevati, in cui la comunità appariva come una specie di famiglia allargata, guidata da una *sanior pars* di saggi e di abbienti a cui sola spettava il compito d'incarnarla efficacemente. Nel modello di cui parliamo, infatti, alle gilde cittadine restò sostanzialmente una certa possibilità di proporre i candidati alle maggiori magistrature della città; ma la selezione di tali candidati risultò affidata, a scrutinio segreto, ad una commissione elettorale il cui nucleo forte era costituito da queste magistrature medesime (ed in primis dalla Signoria), integrate da un numero variabile di elettori cooptati sempre da queste ultime con grande libertà di scelta. Era il ceto degli ufficiali, in sostanza, che decideva la composizione del piccolo corpo elettorale cittadino. E quest'ultimo, a sua volta, non si limitava più ad eleggere, di due mesi in due mesi, i magistrati destinati ad entrare in carica per un solo bimestre, ma ne designava un numero sufficiente a coprire tutti i rinnovi degli uffici comunali fino a tre, quattro o cinque anni a venire. I nomi degli scrutinati, scritti su dei biglietti o „polizze“, venivano infatti deposti in un'urna (o „borsa“), e da lì estratti a sorte a mano a mano che il collegio priorile e gli altri uffici di vertice ad esso poi accomunati sul piano della tecnica selettiva, giunti alla loro scadenza statutaria, dovevano essere rinnovati. Quando i biglietti erano prossimi ad esaurirsi, gli ulti-

mi priori estratti procedevano a formare il nuovo collegio per l'elezione dei loro successori nel corso di tutto il successivo periodo e si ripartiva daccapo⁴².

Il sistema, che cominciò ad assumere questa forma a partire dal 1328, permetteva dunque da un lato di mantenere il principio dei mandati brevi, quale garanzia che nessuno dei gruppi concorrenti avrebbe potuto occupare per lungo tempo gli uffici a discapito dei suoi avversari, e dall'altro distribuiva, ad ogni elezione generale, un numero di posti così alto da poter assicurare che nessuno di quei gruppi sarebbe rimasto tagliato del tutto fuori dalla partecipazione al governo nel corso del periodo pluriennale successivo all'elezione medesima. Il sorteggio, infatti, era usato soltanto per stabilire il momento in cui ogni cittadino scrutinato ed „imborsato“ avrebbe avuto accesso a una data carica, ma non poteva privarlo di un diritto che gli spettava appunto in quanto eletto.

Il risultato, in ultima analisi, fu un regime che oggi diremmo fortemente „consociativo“. Esso stemperava le conflittualità tra le parti in lotta, favoriva i loro accordi politici e sviluppava una generale solidarietà tra i cittadini rispetto alle regole del gioco e dunque allo Stato stesso. Più ancora: basato com'era su una cooptazione mediata dei nuovi ufficiali da parte dei vecchi, esso si rivelò immediatamente funzionale a creare un „reggimento“, cioè una vera e propria classe di governo, ampiamente trasversale rispetto agli schieramenti originari e capace di autoriprodursi inglobando via via nel proprio seno quei nuovi cittadini e quelle nuove famiglie che si fossero via via segnalate per fedeltà all'establishment, prestigio sociale, competenza ed equilibrio. Mentre per converso, esso rafforzava la fiducia dei cittadini stessi nell'esistenza di una *respublica* impersonale e benevolente, capace di valorizzare le capacità dei migliori. Un effetto, quest'ultimo, a cui contribuì non poco anche la circostanza che i nomi degli „imborsati“ non fossero mai resi pubblici all'atto dello scrutinio e che anzi essi non venissero comunicati neppure ai partecipanti allo scrutinio medesimo. Almeno in linea teorica, infatti, erano solo gli addetti al conteggio dei voti che conoscevano la lista degli eletti; mentre i diretti interessati venivano a conoscenza di essere stati scelti a sedere nella Signoria o negli altri uffici maggiori distribuiti attraverso il sistema qui descritto solo al momento in cui il loro nome veniva estratto.

Ogni cittadino abbiente, quindi, che fosse stato ragionevolmente convinto di condurre una vita onorevole e di essere titolare di una qualche capacità utile allo Stato, poteva nutrire una fondata speranza di venire una volta o l'altra cooptato

⁴² Un esame analitico in Guidubaldo Guidi, I sistemi elettorali agli uffici del Comune di Firenze nel primo Trecento. Il sorgere della elezione per squittinio (1300–1328), in: Archivio storico italiano 130 (1972), pp. 345–406; ma cfr. anche l'ampia introduzione di Paolo Viti e Raffaella M. Zaccaria, a: Paolo Viti/Raffaella M. Zaccaria (edd), Archivio delle Tratte. Introduzione e inventario, Roma 1989.

nella cerchia del gruppo dirigente: e nel frattempo era spinto a tenere una condotta che risultasse la più vicina possibile al profilo di quella „vita attiva“ che fra Tre- e Quattrocento si affermò (in gran parte proprio a seguito dell'adozione del sistema selettivo qui considerato) come l'ideale supremo dei ceti emergenti fiorentini⁴³. Va da sé che il metodo puntava ad abbracciare in questa spirale virtuosa solo una quota ben circoscritta della cittadinanza (quota comunque non del tutto irrilevante, visto che in certi momenti del Trecento i nominativi sottoposti a scrutinio arrivarono a superare le 3.000 unità su una popolazione cittadina globale di circa 70.000–80.000 anime). Ma le fasce escluse, se si eccettuano alcuni pur clamorosi sussulti, come quello dei Ciompi nel 1378, finirono per accettare questa loro marginalità come l'inevitabile rovescio di un regime che consentì a Firenze di esprimere una classe dirigente di eccezionale livello e di sostanziale compattezza. E ciò quantomeno fino al 1434, data dell'affermazione dei Medici al governo della città. I quali, dal canto loro, pur stravolgendo la pratica imborsatoria tramite vari *escamotages* e lunghe sospensioni⁴⁴, non osarono mai sopprimerla del tutto, continuando a riconoscere in essa uno dei grandi caposaldi simbolici della costituzione cittadina.

Cooptazione mediata, scrutinio e sorteggio si confermarono quindi come gli ingredienti elementari della rappresentanza comunale anche nel corso della piena età repubblicana. Con la differenza, però, che mentre nella fase precedente dell'evoluzione comunale il loro intreccio aveva avuto come scopo quello di rafforzare la fiducia nella purezza delle elezioni, soprattutto tramite il ricorso a un sorteggio preventivo presentato come mezzo per contrastare la corruzione e le intimidazioni elettorali, l'imborsazione puntò a realizzare un compromesso tra diverse élites in competizione tra loro e al tempo stesso a tenere il potere fuori dalla portata dei ceti inferiori. Grazie inoltre ai rituali rigidamente formalizzati e un po' misterici che circondavano le operazioni dello scrutinio e le cerimonie dell'estrazione periodica, il sistema tendeva a trasmettere a chi ne restava tagliato fuori la sensazione che i governanti fossero scelti più dalla sorte che dalla volontà umana⁴⁵.

43 Questa la tesi fondamentale di Najemy, *Corporatims and Consensus*, pp. 301–316, nel suo collegare la filosofia del „civic humanism“ del Quattrocento fiorentino alla consolidazione della tecnica elettorale di cui sopra.

44 Sul punto Nicolai Rubinstein, *The Government of Florence under the Medici (1434 to 1494)*, Oxford 1966, nonché Riccardo Fubini, *Il regime di Cosimo de' Medici al suo avvento al potere*, in: Riccardo Fubini, *Italia quattrocentesca. Politica e diplomazia nell'età di Lorenzo il Magnifico*, Milano 1994, cap. III, pp. 65–86.

45 Queste ancora le conclusioni di Dowlen, *The Political Potential of Sortition*, pp. 92–95.

4 L'interminabile attesa della modernità elettorale

Non ci soffermeremo qui né sulle effimere realizzazioni elettorali della Repubblica savonaroliana né sui dibattiti da esse stimolati⁴⁶. Benché di grande interesse teorico, queste esperienze non ebbero la forza di spingere la storia toscana lungo un solco davvero alternativo rispetto a quello seguito fin dal XIV secolo. La tecnica dell'imborsazione, anzi, grazie alla sua estrema flessibilità, finì poco per volta per essere adottata non solo dagli altri centri urbani della regione, ma anche dalla più parte delle comunità minori via via assorbite entro lo Stato fiorentino, che si dettero un'organizzazione interna ricalcata sul modello urbano. Ad oggi non esiste alcuno studio che fornisca uno spaccato complessivo dei percorsi e dei tempi di questa diffusione territoriale⁴⁷. Ma che il risultato finale sia stato quello di una progressiva generalizzazione dell'imborsazione, ciò costituisce un'evidenza difficilmente contestabile⁴⁸. Non solo: la presenza del nostro metodo è abbondantemente attestata anche in quello che a partire dal 1557 sarebbe poi divenuto, accanto al dominio fiorentino, il secondo, grande emisfero territoriale del futuro Granducato di Toscana – quella Repubblica di Siena, cioè, la cui „città dominante“ fin dal 1337 aveva adottato, per la formazione del proprio collegio priorile, un modello di selezione molto simile a quello della limitrofa Firenze⁴⁹ ed il cui modello sarebbe stato poi replicato a sua volta in molti dei luoghi soggetti al di lei governo. Non è quindi eccessivo concludere che con la fine del medioevo il sistema dello „squittinio“ e „tratta“ continuò a rappresentare uno dei grandi comuni denominatori di quelle quasi ottocento comunità provviste di statuti scritti che dalla metà

46 Dowlen, *The Political Potential of Sortition*, pp. 99–135; ma anche le pagine di Bernard Manin, *La democrazia dei moderni. Con due discorsi di Francesco Guicciardini sull'elezione e l'estrazione a sorte dei governanti*, trad. it., a cura di Pasquale Pasquino, Milano 1992, poi riprese in: Bernard Manin, *Principi del governo rappresentativo* (1995), trad. it., Bologna 2010, pp. 62–72.

47 Una traccia fondamentale per impostare una ricerca del genere è comunque quella offerta dal volume di Lorenzo Tanzini, *Alle origini della Toscana moderna. Firenze e gli statuti delle comunità soggette tra XIV e XVI secolo*, Firenze 2007, nel quale si ricostruisce nitidamente, a partire da fine Trecento, la diffusione nei Comuni toscani di una particolare tipologia statutaria – quella appunto delle „riforme degli uffici“ –, coincidente con i periodici rinnovi delle „borse“ locali ed in occasione dei quali si procedeva a rivedere e ad aggiornare i capitoli elettorali di ogni comunità (pp. 70–72, 136–142).

48 Cfr., per una esemplificazione, Luca Mannori, *Lo Stato del Granduca 1530–1859. Le istituzioni della Toscana moderna in un percorso di testi commentati*, Pisa 2016, cap. I, pp. 26–38.

49 Per tutti, Ann K. Isaacs, *Il sorteggio politico negli Stati italiani fra medioevo ed età moderna*, in: Federica Cardano/Cristiano Grottaelli (edd), *Sorteggio pubblico e cleromanzia dall'Antichità all'Età moderna*, Milano 2001, pp. 139–153 (in particolare su Siena pp. 140–144).

del Cinquecento avrebbero costituito per i successivi due secoli e mezzo l'ossatura fondamentale del Granducato di Toscana. In particolare, la definitiva estinzione della vecchia Repubblica di Firenze, convertitasi nel 1530 in un principato ereditario sotto il governo dei Medici, non segnò affatto la fine di quella cultura della rappresentanza municipale di cui stiamo qui evocando le linee di fondo. A Firenze, certo, le maggiori magistrature repubblicane, a partire dal Priorato, furono sostituite dalla persona stessa del principe e dal nuovo sistema di Consigli „eletti a mano“ – cioè nominati – di cui egli si circondò. Ma per il resto la nuova monarchia mantenne gli ordinamenti locali precedenti, lasciando intatto il diritto delle comunità suddite di autogovernarsi secondo i loro statuti, mentre nella stessa Firenze il rito della imborsazione continuò ad applicarsi ad una quantità di cariche minori, sia pur a scadenze divenute ora quindicennali⁵⁰.

Ciò che va piuttosto segnalato, dietro a questa continuità esteriore, è il duplice processo che nel corso dell'età moderna modificò gradualmente il profilo della rappresentanza locale. Da un lato, infatti, seguendo un generale trend europeo, essa assunse una connotazione sempre più esplicitamente oligarchica. La sua natura sostanzialmente cooptativa, sommandosi all'interesse del nuovo principe ad assumere come interlocutori locali gruppi quanto più possibile coesi ed affidabili, favorì la monopolizzazione degli incarichi cittadini da parte di cerchie molto ristrette di famiglie: le quali nel corso del Cinquecento iniziarono a trovare nella copertura degli uffici urbani il segno della loro ascrizione ad una nobiltà patrizia perfettamente equipollente a quella militar-vassallatica caratteristica degli Stati regnicoli europei⁵¹.

Le differenze tra i sistemi selettivi dei vari governi urbani andarono sempre più attenuandosi. E se soltanto in alcuni casi, come quelli di Siena, Arezzo o Pistoia, questo processo sfociò nella costituzione di esplicite aristocrazie ereditarie, mentre nella più parte di essi l'ascrizione alla semplice cittadinanza rimase ancora l'unico titolo teoricamente richiesto per intraprendere la scalata al *cursus honorum* cittadino⁵², il ricambio sociale al vertice si fece ovunque sempre più lento e difficile, posto che l'associazione di qualsiasi nuova famiglia agli onori civici equivaleva a diluire su un numero più ampio di partecipanti un privilegio di ceto di cui i precedenti titolari erano divenuti maniacalmente gelosi. Una tendenza a grandi linee simile a questa è riscontrabile anche in molti centri minori, anch'essi sempre più strettamente dominati da piccole cerchie di „megliostanti“ ben decisi

⁵⁰ Cfr. ancora in breve Mannori, *Lo Stato del Granduca*, cap. III, specialmente pp. 78–84.

⁵¹ Claudio Donati, *L'idea di nobiltà in Italia. Secoli XIV–XVIII*, Bari 1995, cap. IV.

⁵² Elena Fasano Guarini, *Principe e oligarchie nella Toscana del Cinquecento* (1980), ora in: Elena Fasano Guarini, *L'Italia moderna e la Toscana dei principi. Discussioni e ricerche storiche*, Firenze 2008, in particolare pp. 221–225.

a monopolizzare a proprio beneficio il complesso delle risorse collettive spettanti a ciascuna comunità. Al tempo stesso, proprio questa generale tendenza all'accaparramento propria dei ceti emergenti stimolò il potere centrale a bilanciarnene le vocazioni oligarchiche con una politica di controlli esterni sempre più rigidi, che finì per ridurre molto l'effettiva capacità decisionale di queste *élites* e per lasciare loro in certi casi una rappresentanza di tipo più simbolico che reale.

Questa era per esempio l'immagine complessiva del sistema rappresentativo toscano sbazzata a metà Settecento da un funzionario granducale ormai decisamente schierato a fianco di quel nuovo partito riformatore lorenese che si costituì all'indomani della fine della dinastia medicea:

In tutte le comunità del Gran Ducato vi sono le borse degli uffici e piccoli magistrati di esse, per lo più ridotti ad un puro nome, divise in maggiori a cui sono ammessi solo i cittadini nobili, ed in minori, comuni a tutti i cittadini sì nobili che ignobili, in quelle città che hanno distinzione di rango. Ogni tanto tempo, per lo più di tre, o di cinque anni, si riempiono di nuove polizze tutte le borse, sieno vòte o no, al che vengono eletti per pubblici voti sei, otto o dodici dei suoi principali cittadini col nome di *riformatori*. A questi sta il far le nuove polizze e bruciar le vecchie [...]. E benché li riformatori qualche volta nell'avanzar alcuno alle prime borse, e li Consigli della città per lo più nel ricevere alcuno alla cittadinanza, usino mandare il loro partito al Magistrato dei Nove [l'autorità centrale deputata al controllo di tutte le comunità del territorio] per l'approvazione; pure a cagione della troppa facilità di esso nell'approvar simili partiti, che niente gl'importano e che non sarebbero di sua ispezione, si riguarda ciò come una mera formalità. Onde è che ne è nata comune opinione nei sudditi di stimare che il dar in tal forma il rango di nobile risieda tutto solamente nei suddetti riformatori e Consigli delle città. Autorità tanto più riguardevole, in oggi, quanto che già da un pezzo gli uomini hanno cominciato ad aspirare a queste prime borse non più pel comando (che non spetta ai sudditi), ma per la nobiltà oggetto principale al presente, e per esser riputati più degli altri; benché ancora ad alcuni sciocchi questa vana ombra di governo fa, che si dienno dell'aria, e s'immaginino d'esser qualche gran cosa nello Stato: tanto può nei cervelli leggeri un antico pregiudizio⁵³.

Si tratta di un testo che testimonia bene, intanto, quella tendenza all'omologazione delle pratiche elettorali toscane di cui si diceva sopra; pratiche che assegnano ovunque un ruolo centrale alle figure dei cosiddetti „riformatori“, intesi come coloro che sono chiamati a „ri-formare“ – cioè a formare di nuovo – le borse cittadine alla scadenza del loro termine di vigenza e che risultavano eletti di regola

53 Il frammento è tratto dai materiali preparatori della celebre legge sulla „nobiltà e cittadinanza“ che verrà emanata il 1° ottobre 1750 dal governo di Francesco Stefano di Lorena e il suo autore è quasi certamente il cancelliere Gaetano Canini, principale collaboratore in quegli anni del marchese di Richécourt, plenipotenziario a Firenze dell'imperatore stesso (Archivio di Stato di Firenze, Reggenza, f. 58, cc. non num.; l'estratto si può leggere ancora in Mannori, *Lo Stato del Granduca*, p. 155).

dal seggio della magistratura di vertice di ogni comunità estratto per ultimo dalle borse precedenti. Ma soprattutto il brano segnala come tutto il sistema istituzionale rapidamente evocato in queste pagine cominci ad essere avvertito come una mera sopravvivenza storica da parte di chi si riconosceva ora nella visione efficientistica e intimamente antirepubblicana fatta propria dai nuovi sovrani. Passaggi come questo, anzi, sembrano quasi annunciare il prossimo tramonto di quella stessa nozione di rappresentanza organica che era stata sottesa da sempre alle nostre pratiche selettive, a favore di un metodo di autogoverno più franco e diretto. Il che è vero però solo in parte.

Nel 1774, in effetti, dopo un periodo d'incubazione protrattosi per oltre due decenni, venne varata, ad opera del granduca Pietro Leopoldo, una grandiosa riforma del governo locale, che ancor oggi viene ricordata come il contributo forse più importante di tutta la stagione riformatrice toscana alla modernizzazione del paese⁵⁴. Essa spazzò via tutto il sistema di autogoverno comunitario esistente nella regione a partire dal medioevo per sostituirvi un assetto basato su una razionalità di tipo squisitamente economico, in linea con il nuovo orizzonte individualista proprio della più avanzata cultura settecentesca. Eppure, quel grande intervento non segnò affatto il superamento di una concezione della rappresentanza a base comunitaria. Dopo aver individuato infatti il nuovo cittadino nella figura del proprietario contribuente, secondo il modello reso popolare in quegli stessi anni dalla dottrina fisiocratica francese, ed aver quindi stabilito che la semplice proprietà di una quota del suolo comunale era titolo sufficiente per accedere agli organi di governo di ogni comunità, la riforma stabilì che l'accesso a tutte le cariche locali dovesse avvenire ancora per estrazione a sorte. Rispetto al vecchio modello, certo, Leopoldo eliminò tutti i filtri cooptativi con cui le famiglie di più antica origine avevano controllato per secoli l'accesso alle magistrature comunali. Quel sorteggio, infatti, che nel modello della imborsazione fiorentina era servito soltanto a stabilire un ordine di precedenza temporale entro una cerchia di pochi cooptati, nel nuovo sistema fu applicato invece per designare i rappresentanti comunitativi selezionandoli direttamente tra tutti i proprietari fondiari del Comune⁵⁵. La comu-

54 In merito, basti il rinvio a Bernardo Sordi, *L'amministrazione illuminata. Riforma delle comunità e progetti di costituzione nella Toscana leopoldina*, Milano 1991, costituente ancora l'opera di riferimento più autorevole in materia.

55 Come recitava infatti la normativa del 1774, „volendo che tutti i possessori o grandi o piccoli, tanto laici che ecclesiastici, abbiano parte e possano influire nell'amministrazione degli affari comunitativi, saranno luogo per luogo ordinate e prescritte le borse nelle quali dovranno essere inclusi“ (Regolamento generale per le Comunità del Distretto fiorentino, 29 settembre 1774, art. 5, in: Lorenzo Cantini [ed], *Legislazione toscana*, Firenze, Cambiagi, 1802–1808, vol. 32, p. 110). Il sistema in realtà era assai più articolato di quanto lasci intendere questa norma-quadro, giacché, se per il consiglio comunale venivano imborsati effettivamente tutti i proprietari, l'accesso alla

nità leopoldina, quindi, non risultò più governata da alcuna „sanior pars“ capace di autoriprodursi; ma neppure – ecco il punto – da una classe dirigente designata dal libero suffragio dei cittadini. Il risultato fu quello di abbandonare sostanzialmente al puro caso la selezione dei governanti locali. E da ciò derivarono tutta una serie di gravi disfunzioni istituzionali che il Granducato si sarebbe trascinato fino alla sua confluenza, nel 1859, nell'alveo dello Stato unitario. Ma non è su questi aspetti di carattere per così dire applicativo che intendo concludere. Il dato da sottolineare è invece di carattere concettuale, ed è il seguente.

Per quanto il sistema leopoldino avesse ormai fatta propria l'immagine di una società a base individualistica, esso non riuscì a smarcarsi ancora dalla concezione di una rappresentanza di tipo descrittivo, quale quella che aveva dominato per tanti secoli l'orizzonte toscano. Quel sistema, per mettere in forma il suo nuovo universo individual-proprietaristico, continuò a ricorrere ancora al vecchio metodo di riprodurre dall'alto la fisionomia complessiva, senza attribuire alcun ruolo attivo e consapevole alla libera scelta dei suoi singoli componenti. Una rappresentanza di „puri“ sorteggiati riflette la raggiunta consapevolezza della equivalenza di ogni membro della società rispetto a tutti gli altri, ma non conferisce alcun titolo legittimante alla volontà di quei membri stessi. Agli occhi del principe, ogni comunità del suo Stato continuò a configurarsi come una cellula indivisibile e la sua rappresentanza come un processo di riproduzione „oggettiva“ del suo aspetto globale. E ciò, si noti, nonostante il fatto che la coeva cultura politica francese verso la quale si volgevano in quegli anni gli occhi dei riformatori leopoldini – quella dei Mirabeau e dei Turgot, dei Dupont o dei Le Trosne – stesse ormai orientandosi verso una rappresentanza a base volontarista⁵⁶. Lo stesso celeberrimo progetto costituzionale redatto segretamente dal principe alcuni anni dopo e che nelle intenzioni di Leopoldo avrebbe dovuto finalmente fornire alla Toscana quella rappresentanza dell'„universale“ dello Stato che essa non aveva mai avuto, continuò a mantenere del tutto naturalmente alla base del suo complesso edificio

„Magistratura comunitativa“, cioè l'organo corrispondente al tradizionale collegio priorile, era subordinato alla titolarità di un determinato reddito; mentre nelle cosiddette „patrie nobili“ (corrispondenti alle quattordici città più importanti ed antiche del Granducato) una quota dei posti dei rispettivi priorati era riservata ai membri delle famiglie nobili o patrizie. In ogni caso, però, la designazione a rappresentare la comunità in un ruolo o nell'altro restava comunque affidata al puro e semplice sorteggio.

56 I vari progetti di riforma del governo locale, infatti, circolanti in Francia verso la metà degli anni Settanta, per quanto basati per lo più sull'idea di un voto proporzionale al valore fondiario posseduto da ogni proprietario, accoglievano tutti il principio di una designazione elettiva degli amministratori, che lasciasse alla „confiance des peuples le choix de ses représentants“ (Anthony Mergey, *L'état des physocrates: autorité et décentralisation*, Aix-en-Provence 2010, p. 238, qui in particolare nelle parole di Mirabeau).

elettorale il medesimo sistema del sorteggio tra proprietari già introdotto con la riforma del 1774. Né la stessa frattura rivoluzionaria, che in Francia promosse il voto individuale a massimo elemento identificativo di una nuova nozione di cittadinanza, riuscì a modificare l'idea della rappresentanza locale che la cultura politica toscana aveva ereditato dai secoli precedenti. Per quanto ben consapevole delle gravi disfunzioni prodotte da una scelta meramente randomica degli amministratori locali, la classe dirigente granducale continuò a pensare alla comunità locale come ad una cellula indivisibile e al suo autogoverno come a una funzione obbligatoria alla quale i suoi componenti erano tenuti solidalmente non nel proprio interesse, ma in quello della loro collettività di appartenenza⁵⁷. Perché quella concezione cominciasse ad essere superata davvero si sarebbe dovuto attendere la svolta del 1848: la quale per la prima volta dischiuse l'orizzonte di quella rappresentanza mandataria nazionale (espressa da, e responsabile verso, un'autonoma sfera pubblica borghese⁵⁸) che, come si è visto, era stata invece la grande assente di tutta la vicenda plurisecolare qui rievocata.

57 Luca Mannori, *Dopo la riforma. Comunità locali e rappresentanza al tramonto dei lumi (1788–1795)*, in: *Quaderni fiorentini* 48 (2019), pp. 221–253.

58 Antonio Chiavistelli, *Dallo Stato alla nazione. Costituzione e sfera pubblica in Toscana dal 1814 al 1849*, Roma 2006.